

Sport und Politik **verein(t)** gegen Rechtsextremismus

Marie-Luise Würtenberger

Auch Sportvereine sind gefährdet, dass sie von Rechtsextremisten für menschenverachtende Zwecke missbraucht werden. Der Sport muss solche Versuche der Unterwanderung verhindern und ihnen präventiv entgegenwirken. Dabei nimmt er eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe wahr, bei der er die Unterstützung einer breiten Allianz aus Politik und Gesellschaft benötigt. Deshalb wurde im Januar 2011 die Kampagne „Sport und Politik verein(t) gegen Rechtsextremismus“ (www.vereint-gegen-rechtsextremismus.de) gestartet, die von Akteuren aus Politik und Sport der Ebenen Bund, Länder und Kommunen getragen wird.¹



„Wenn ich Rechtsextremist wäre, ich wüsste, was ich zu tun hätte, ich ginge in den Sportverein“, so prägnant wie treffend verdeutlichte der damalige DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger im Januar 2011, weshalb Sport und Politik damals die gemeinsame Kampagne „Sport und Politik verein(t) gegen Rechtsextremismus“ starteten. Denn so manche Rechtsextremisten wissen durchaus, was sie „zu tun haben“. Sie missbrauchen Sportgroßveranstaltungen als Plattform für ihre Hassparolen, versuchen, in Fanggruppierungen Einfluss zu gewinnen und in Sportvereinen Fuß zu fassen, um dort, beispielsweise als Trainer oder Betreuer, Zugang zu jungen Menschen zu bekommen. Hinzu kommen die Menschen, die zumindest ansatzweise für rechtsextremes Gedankengut offen sind. Sie gibt es in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen und damit auch unter den Mitgliedern der Sportvereine und den Besuchern von Sportveranstaltungen. Sportvereine werden also, ob sie es wollen oder nicht, mit Rechtsextremismus und seinen verschiedenen Ausprägungen konfrontiert und riskieren, wenn sie nicht richtig agieren, eine massive Rufschädigung und eine zunehmende Einflussnahme durch Rechtsextremisten.

Sportvereine müssen verhindern, dass sie von Rechtsextremisten unterwandert und missbraucht werden, und

sie brauchen dabei Unterstützung. Die im Januar 2011 gestartete Kampagne „Sport und Politik verein(t) gegen Rechtsextremismus“ bündelt Akteure aus Politik und Sport. Wesentliches Ziel der Kampagne ist, Rechtsextremismus und Diskriminierung im und im Umfeld des Sports, aber auch mit den Mitteln des Sports zu bekämpfen.

So sollen Vereine insbesondere:

- darin bestärkt werden, sich klar gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung zu positionieren,
- Satzungen und Hausordnungen mit Klauseln versehen, die den Ausschluss von Rechtsextremisten ermöglichen,
- motiviert werden, bei rassistischen und sonstigen diskriminierenden Vorfällen auch unterhalb der Strafbarkeitsschwelle aktiv zu werden,
- eine engagierte, werteorientierte Jugendarbeit gewährleisten und ein offenes und tolerantes Vereinsklima schaffen.

Außerdem sollen die notwendigen Rahmenbedingungen verbessert bzw. geschaffen werden, insbesondere soll:

- es möglichst flächendeckende Informations- und Schulungsangebote sowie Ansprechpersonen im Sport geben und
- eine Vernetzung von Politik und Sport auf allen Ebenen erreicht werden.

Grundlage der Kampagnenarbeit ist ein Handlungskonzept mit Empfehlungen, deren Erstellung eine Studie von Prof. Dr. Gunter A. Pilz, Sabine Behn u. a. vorausging:² Um die Arbeit innerhalb der Kampagne voranzutreiben, wurde ein Netzwerk eingerichtet, in das alle Kampagnenträger und weitere Experten eingebunden sind.

Die Kampagne wird von Spitzensportlern/-innen unterstützt, die mit ihrer Vorbildfunktion eine breite Bevölkerungsschicht ansprechen und sensibilisieren. Die mit ihnen erstellten Öffentlichkeitsmaterialien (Spots, Plakate, Banner, Postkarten) sowie Informationen zur Kampagne und zum Thema werden kostenlos über die Website www.vereint-gegen-rechtsextremismus zur Verfügung gestellt.

Außerdem können dort über ein Kontaktformular individuelle Anfragen und Materialwünsche an das Netzwerk gerichtet werden. Damit soll es möglichst vielen Vereinen, Verbänden und Initiativen erleichtert werden, zu zeigen, dass sie Rechtsextremismus und Diskriminierung ablehnen. Je größer der Kreis derjenigen wird, die sich klar positionieren, desto kleiner werden die Möglichkeiten für Rechtsextremisten, den Sport für ihre Zwecke zu missbrauchen. In diesem Sinne hofft das Netzwerk auf viele Mitstreiter/-innen.

Regierungsdirektorin Marie-Luise Würtenberger ist Referentin im Bundesministerium des Innern (BMI), Bundesministerium für die Kampagne zuständig.

¹ Deutsche Sportjugend (dsj) und der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB), Deutscher Fußball-Bund (DFB); Bundesministerium des Innern (BMI), Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)/Bündnis für Demokratie und Toleranz, Sportministerkonferenz/Federführung Thüringen, Landessportbünde/Federführung NRW, und Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)

² „Rechtsextremismus im Sport in Deutschland und im internationalen Vergleich“, 2009.